Stand: 12.07.2025 17:20:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5175

"Späten Sommerferienbeginn in Bayern auch künftig sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5175 vom 04.12.2019
2. Beschluss des Plenums 18/5256 vom 05.12.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 05.12.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 04.12.2019 **Drucksache** 18/**5175**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Otto Lederer, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

Späten Sommerferienbeginn in Bayern auch künftig sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die Ankündigung der Staatsregierung, über das Jahr 2024 hinaus an der bisherigen Sommerferienregelung festhalten zu wollen, in der Bayern traditionell ein später Beginn der Sommerferien vorbehalten war.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diese Haltung weiterhin unter Berücksichtigung des Hamburger Abkommens auch bei künftigen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz über die Sommerferienreglung ab dem Jahr 2025 mit unvermindertem Nachdruck zu vertreten.

Begründung:

Traditionell beginnen in Bayern die Sommerferien erst Ende Juli / Anfang August und reichen bis in das erste Septemberdrittel hinein. Damit kann eine für die Rhythmisierung des Schuljahrs sinnvolle Abfolge von Ferien- und Schulwochen erreicht werden; denn Bayern hat – wie sonst nur Baden-Württemberg, dessen Sommerferien traditionell ebenfalls spät beginnen – zum Ende des Schuljahres hin nochmals zwei Wochen Pfingstferien, sodass ein früher Sommerferienbeginn für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern wenig sinnvoll wäre.

Bis einschließlich 2024 sind die Sommerferientermine der Länder festgelegt. Jüngst gibt es Überlegungen anderer Länder, Bayern in das rollierende System der Länder bei der Festlegung der Sommerferien einzubeziehen; dies würde für Bayern eine Aufgabe des traditionell späten Sommerferienbeginns bedeuten. Dem gilt es im Interesse der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und Lehrkräfte in Bayern entschieden entgegenzutreten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 05.12.2019 **Drucksache** 18/**5256**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Otto Lederer, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/**5175**

Späten Sommerferienbeginn in Bayern auch künftig sicherstellen

Der Landtag unterstützt die Ankündigung der Staatsregierung, über das Jahr 2024 hinaus an der bisherigen Sommerferienregelung festhalten zu wollen, in der Bayern traditionell ein später Beginn der Sommerferien vorbehalten war.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diese Haltung weiterhin unter Berücksichtigung des Hamburger Abkommens auch bei künftigen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz über die Sommerferienreglung ab dem Jahr 2025 mit unvermindertem Nachdruck zu vertreten.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler
Abg. Gabriele Triebel
Abg. Nikolaus Kraus
Abg. Markus Bayerbach
Abg. Margit Wild
Abg. Matthias Fischbach

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)
Späten Sommerferienbeginn in Bayern auch künftig sicherstellen (Drs. 18/5175)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Gerhard Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Titel des Dringlichkeitsantrags ist Programm für alle Schulfamilien in Bayern. Der hoch anerkannte Sommerferienbeginn in Bayern soll auch künftig sichergestellt werden. Weshalb dies sinnvoll und notwendig ist, begründe ich wie folgt:

Erstens. Im sogenannten Hamburger Abkommen ist durch die KMK seit 1968 grundsätzlich geregelt, dass sich die Länder unter anderem auf eine gewisse Anzahl von Ferientagen, nämlich 75 Werktage, und einen regional gestaffelten Ferienbeginn zwischen dem 1. Juli und dem 10. September des jeweiligen Jahres verständigen sollen.

Zweitens. Der traditionelle Beginn der Sommerferien in Bayern ist am Ende des Ferienkorridors. Dies geschieht seit Längerem in einem engen Schulterschluss mit Baden-Württemberg. Das ist die klassische Südschiene. Die aktuelle bayerische Sommerferienregel ermöglicht – das sind die Vorteile – eine pädagogisch sinnvolle Abfolge von Schul- und Ferienwochen. Nach fünf bis sechs Wochen Schule gibt es ein bis zwei Wochen Pause. Dies alles liegt im Interesse von Schülerinnen und Schülern und ist eine sinnvolle Abfolge von Leistungs- und Erholungsphasen. Lehrkräfte haben Korrekturmöglichkeiten, beispielsweise in den Pfingstferien. Der Stoff wird sinnvoll über das gesamte Schuljahr hinweg portioniert. Damit vermeidet man sehr kurze bzw. sehr lange Schuljahre. Das ist ein großer Vorteil für Bayern.

Bis zum Jahr 2024 ist dieses System auch festgelegt. Dem KMK-Plenum soll bis Ende des nächsten Jahres jedoch ein Entwurf vorgelegt werden, wie es ab dem Jahr 2025

weitergehen soll. Insofern ist es gut und richtig, heute mit einem zeitlichen Vorlauf auf diese Sachverhalte hinzuweisen und einen Beschluss zu fassen.

Drittens. Ein früherer Sommerferienbeginn würde die Pfingstferien nachhaltig infrage stellen. Aus diesem Grund liegt der Ferienbeginn in Bayern und Baden-Württemberg immer ganz am Ende der Ferienphase. Wir haben ein großes Interesse daran, dass an dieser bewährten Regelung auch über das Jahr 2025 hinaus festgehalten und dies festgeschrieben wird.

Viertens. Hochinteressant ist, was von der Arbeitsebene der KMK zu hören ist: Sage und schreibe 13 Länder möchten die Sommerferienregelung über 2025 so belassen, mit Ausnahme von Berlin, das eine Verbindung zu Brandenburg hat. In Nordrhein-Westfalen überlegt man, ob man Pfingstferien einführen soll. Nur ist man sich nicht sicher, ob man die Woche vor den Feiertagen oder die Woche danach wählen soll.

Fünftens. Ein Blick in die Vergangenheit gibt uns ein weiteres Argument dafür, die Regelung so zu belassen, wie sie sich bewährt hat, und dieses System über 2025 hinaus fortzuführen. In Nordrhein-Westfalen wurde Anfang der Neunzigerjahre wohl einmal kurz eine Überschneidung mit den Ferien in Bayern in Kauf genommen, mit massiven, chaotischen Folgen auf den Urlaubsstrecken, auf den Autobahnen und auf den Bundesstraßen. Man ist ganz schnell wieder davon abgekommen.

Deshalb ziehe ich folgendes Fazit: Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen um Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag. Fordern wir heute die Staatsregierung gemeinsam auf zu handeln, damit es bei KMK-Beschlüssen auch künftig die bewährte und sachlich einwandfreie Sommerferienregelung gibt. Das sollte von unserer Staatsregierung mit Blick auf die Zeit nach 2025 mit allem Nachdruck gegenüber der KMK so festgehalten werden. Das wollen wir heute auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Waschler. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die CSU bringt heute wohl das wichtigste, aktuellste schulpolitische Thema überhaupt auf die Agenda – die Schulferien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht die ungleiche Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer, nicht der Lehrermangel,

(Manfred Ländner (CSU): Das haben wir erst letzte Woche gehabt!)

nicht die mangelnde Lesekompetenz oder die besondere Bildungsungerechtigkeit in Bayern, nicht das fehlende Konzept für die digitale Bildung bereiten Ihnen von der CSU schlaflose Nächte. Nein, es ist die Ferienregelung, die Sie umtreibt. Sie haben Angst, dass Ihnen die KMK den Termin der Sommerferien einkassiert, und wollen unsere Unterstützung. – Liebe CSU, fühlen Sie sich schon so schwach, dass Sie die Unterstützung der Oppositionsparteien brauchen, um gegen die bösen anderen Bundesländer zu bestehen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, Bayern muss sich mal wieder gegen den Rest der Welt verteidigen, dieses Mal bei den Sommerferien, ein Jahr vor der endgültigen Entscheidung.

In Ihrem Dringlichkeitsantrag kommt vier Mal das Wort "traditionell" vor, nicht ein Mal das Wort "Föderalismus". Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, hier geht es aber um Föderalismus. Egal, ob beim Digitalpakt, bei den Ferienzeiten, beim nationalen Bildungsrat oder bald beim Recht auf Ganztagsbetreuung: Wenn die Bildungshoheit der Bundesländer auf den Bund trifft, muss das anständig gestaltet werden, auch von Bayern. Hier darf und kann es keine Alleingänge geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Föderalismus heißt, souverän zu sein und gleichzeitig mit anderen Ländern Absprachen zu treffen. Herrn Söders "Wir haben das schon immer gemacht" ist kein Argument. Das ist einfach nur schlechter Stil und Populismus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN sehen aber auch, dass der Föderalismus dringend einer Reform bedarf. Vor allem die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sollen und müssen neugestaltet werden, sodass alle Länder genügend Mittel haben, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Deswegen geht der Vorschlag, sich hier wieder an einen Tisch zu setzen, in die richtige Richtung.

Die Ferienregelung in Deutschland zu belassen, wie sie ist, dafür gibt es Gründe: der große Rückhalt in der Bevölkerung in Bayern und in Baden-Württemberg, und es gibt tourismus-, schul- und auch verkehrspolitische Gründe, wie Sie, Herr Waschler, ausgeführt haben. Wir erwarten aber von der Regierung, dass sie diese Argumente gut aufbereitet, vernünftig in die KMK einbringt und verhandelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann nicht einfach stur bleiben; reden und verhandeln muss man immer. Damit bringt es Ministerpräsident Kretschmann auf den Punkt. Es geht also nicht um starke Sprüche und Kraftmeierei, sondern um ein konstruktives Miteinander. Das wünschen wir uns von einem Bayerischen Ministerpräsidenten. Wir werden uns bei diesem Antrag enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Triebel. – Für die FREIEN WÄHLER hat der Kollege Nikolaus Kraus das Wort.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, dass sich der Freistaat Bayern des Öfteren dem Vorwurf ausgesetzt sieht, hier und da aus der Reihe auszuscheren. Ob gerechtfertigt oder nicht, der Erfolg gibt uns auf alle Fälle recht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Bei dem Thema Schulferien, das Gegenstand dieser Debatte ist, verteidigen wir unseren Sonderweg. Wir stehen dahinter, weil er sich bewährt hat.

Es geht nicht nur darum, ob es traditionell bedingt ist, dass bei uns die Sommerferien Ende Juli, Anfang August beginnen, sondern es gibt gute Gründe dafür. Diese Regelung hat sich bewährt.

Wir haben von der Kollegin von den GRÜNEN gerade gehört, wir würden uns mehr um die Schüler als um die Lehrkräfte kümmern. Das ist natürlich auch richtig. Warum? – Es gibt mehr Schüler als Lehrer und Lehrerinnen; um sie müssen wir uns natürlich auch kümmern. Unsere Schülerinnen und Schüler müssen gut behandelt werden, ebenso wie die Lehrerinnen und Lehrer.

Vom Kollegen sind schon die Pfingstferien angesprochen worden. Wenn man auf dem Schulferienplan die Zwischenräume betrachtet, ist festzustellen, dass sich dieses System bewährt hat. Dass Osterferien und Pfingstferien nicht immer gleich fallen, wissen wir. Aber die Zwischenräume zwischen den Ferien sind wichtige Phasen, damit die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte wieder in den richtigen Rhythmus finden.

Wir müssen mit Blick auf die Sommerferien sicherstellen, dass die Prüfungsabläufe im Vorfeld gesichert sind. Ganz wichtig sind uns aber wirklich die Entspannungsphasen.

Ich möchte noch erwähnen: In den Wochen vor den Ferien nach Notenschluss werden Projekte der erlebnisorientierten Pädagogik vermittelt oder finden Klassenfahrten statt. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass wir da auch noch unser aktuelles Thema Alltagskompetenz und Lebenskunde unterbringen.

(Matthias Fischbach (FDP): Was ist davon übrig geblieben?)

Man darf festhalten, dass die CSU und die FREIEN WÄHLER das System aus fachlichen Gründen befürworten und dahinterstehen.

In Anbetracht meiner Redezeit muss ich jetzt leider abbrechen; aber ich bitte natürlich um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich würde mich freuen, wenn die Opposition oder zumindest die GRÜNEN, die erwähnt haben, wie wichtig das ist, zustimmen würden. Enthaltung ist schon mal gut, aber Zustimmung wäre uns noch lieber. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kraus. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Bayerbach.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag bedarf eigentlich nur eines Wortes: Passt!

Frau Triebel, ich weiß nicht, welchen Antrag Sie gelesen haben. Sie haben fast eine Generaldebatte angefangen. Nach meiner Wahrnehmung geht es nur um die Sommerferien.

Über die Verteilung ist schon einiges gesagt worden. Mir geht es auch um die Tradition. Wir sind ein immer noch katholisch geprägtes Bundesland. Für uns sind Pfingsten und Allerheiligen mit den damit verbundenen Begleiterscheinungen und Traditionen wichtige Feste.Es ist einfach, Sommer- und Herbstferien zu rollieren, aber in Bayern stehen wir noch für etwas, nämlich für Religion und für Tradition. Deswegen würde ich gut bairisch auf solche Wünsche der nördlichen Bundesländer sagen: Is‘ uns wurscht, mia lassen‘s, wia‘s is. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Margit Wild für die SPD-Fraktion.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Man muss vielleicht einmal schauen, was die Ursache dieses Dringlichkeitsantrags ist. Im Zusammenhang mit dem Ausstieg von Bayern und Baden-Württemberg aus dem Nationalen Bildungsrat ist das diskutiert worden, weil man gemerkt hat, dass Bayern und Baden-Württemberg immer eine Sondernummer fahren. Das ist die Grundlage für diesen Dringlichkeitsantrag.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

– Das war mein Fazit, und dass müssen Sie mir zugestehen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist aber falsch!)

– Das macht nichts. Ich habe das hier so konstatiert. – Du lachst, insofern ist es richtig.

(Unruhe bei der CSU)

Insofern habe ich recht.

Jetzt zurück zur Sache! Ich sage es so: Ich bin seit elf Jahren im Bildungsausschuss und kann mich gerade einmal an zwei oder höchstens drei Petitionen erinnern, mit denen sich Eltern, Väter und Mütter, aufgemacht und gesagt haben, sie möchten die Ferien ein bisschen verändern. Unisono waren wir uns im Bildungsausschuss immer einig, dass die Ferienordnung, so wie sie ist, eine gute ist.

Ich argumentiere als Pädagogin. Ich habe es immer bei den Schülerinnen und Schülern und natürlich bei mir selbst erlebt, dass man diesen Rhythmus von Anspannung und Entspannung braucht und dass diese Abstände auch sehr gut organisiert sind.

Beispielsweise werden wir im Jahr 2022 am 18. Juni das Ende der Pfingstferien erreicht haben. Sollten dann, nur einmal angenommen, bereits im Juli die Sommerferien beginnen, ergibt das doch relativ wenig Sinn. – Weil du so ungläubig schaust: Ich spreche von 2022.

Ich bin der Meinung, der jetzige Rhythmus ist ein sehr guter. Demzufolge stimmen wir zu. Es geht natürlich auch – das wurde hier schon angesprochen – um den Tourismus, es geht um die Auslastung unserer Autobahnen. So wie es ist, ist es gut. Der eine oder andere mag einmal sagen, schöner wäre es manchmal früher. Aber ich finde, wir sollten es über das Jahr 2024 hinaus so belassen, und dann wird man sehen. – Mehr kann und braucht man dazu eigentlich nicht zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Wild. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Matthias Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Hamburger Abkommen formuliert es an der entscheidenden Stelle eigentlich richtig: Die Ferien werden in erster Linie nach pädagogischen Gesichtspunkten festgesetzt. Die Debatte zwischen den Bundesländern, die wir gerade führen, ist deshalb mehr als absurd. Statt über Staus auf Autobahnen sollten wir lieber über die Reformstaus im Bildungswesen sprechen. Das wäre die richtige Prioritätensetzung.

(Beifall bei der FDP)

Dabei sollten wir nicht nur auf Bremen und Berlin schauen, sondern auch auf die Besten der Welt. Bei der letzten Pisa-Studie haben wir gemerkt, dass Deutschland in allen drei getesteten Bereichen leider in der Punktzahl schlechter geworden ist. Der Abstand zur Weltspitze ist immer noch groß, und wir stellen sogar fest, dass insbesondere leistungsstarke Schüler – ganz besonders in Mathematik – deutlich nachgelassen haben.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das war in Norddeutschland!)

Das sollte uns auch in Bayern zu denken geben. Aber wir reden lieber über die Sommerferien. – Genau, lieber Herr Kollege Waschler.

Wenn wir diese innerdeutschen Grabenkämpfe weiter so destruktiv fortführen wie in den letzten Wochen, dann werden wir auch bei großen Reformthemen den Anschluss verlieren. Denken wir zum Beispiel an die Digitalisierung oder an das Thema Chancenfairness und Vergleichbarkeit auf hohem Niveau. Wenn wir so etwas in Bayern und nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland wollen, dann müssen wir einen funktionierenden, konstruktiven Föderalismus erreichen und den erreichen wir nur durch ein faires Miteinander der Bundesländer. Das Auftreten der Staatsregierung beim Nationalen Bildungsrat hat dazu sicherlich nicht beigetragen. Statt selbstgerecht zu sein, sollten wir uns für mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland einsetzen. Das ist auch und gerade für die bayerischen Abiturienten wichtig. Denken Sie nur an den NC.

(Beifall bei der FDP – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Themaverfehlung!)

Ja, natürlich sollten wir bei den Ferienterminen bleiben. Sie sind pädagogisch so sinnvoll: mit einem guten Abstand zu den Pfingstferien. Das ist völlig richtig. Aber die Debatte ist eine Themaverfehlung, nicht nur des Hamburger Bildungssenators, sondern auch von Ihnen. Wenn wir über bessere Bildung sprechen wollen – das sollten wir auch tun –, dann sollten wir darüber reden, wie wir den Schüler in den Mittelpunkt stellen, dann sollten wir darüber reden, wie wir die Schulen entsprechend finanzieren, dann sollten wir darüber reden, wie wir den Schulen mehr Gestaltungsfreiheit geben, und auch darüber, wie wir die besten Lehrkräfte bekommen. Dazu werden wir als Freie Demokraten im neuen Jahr einige Initiativen einbringen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/5175 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Die AfD. Enthaltungen? – Die GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.